

Wien, am 6. März 1919.

I n f o r m a t i o n
für Dr. Emil Beck.

Dr. Beck hätte bei der Friedenskonferenz in Paris unbedingt die Neutralität des Fürstentums während des Krieges zu betonen und die volle Souveränität auch gegenüber der bestandenen österreichisch-ungarischen Monarchie nachdrücklichst hervorzuheben. Er hätte darauf hinzuwirken, dass diese Souveränität des Landes und ~~xxxxxxxxxxx~~ des Landesfürsten von der Konferenz ausdrücklich anerkannt werde, ^{eben} ebenso die Neutralität. Zur Begründung sei insbesondere darauf hingewiesen, dass die ^{+ zu} ~~tschechoslowakische~~ Regierung die Anerkennung der Exterritorialität von Eisgrub von einer ~~xxxxxxx~~ Anerkennung der Neutralität und Souveränität des Fürstentums durch die Pariser Konferenz abhängig machen zu sollen glaubt.

Die Anerkennung der Souveränität des Fürsten bedingt aber in hohem Grade die ausnahmsweise Behandlung des fürstlichen Besitzes bei den bevorstehenden Vermögensabgaben und insbesondere Güterenteignungen, hat daher für die Familie und rückwirkend für das Land eine hohe Bedeutung. Dieses Argument ist aber nach Aussen, insbesondere dem Vertreter der ^{gegenüber} ~~tschechoslowakischen~~ Republik Bennesch nicht zur Geltung zu bringen, sondern dient nur zur ~~xxx~~ eigenen Information.

Besonderer Wert ist auf die einen Teil des Familienfideikommisses bildenden Kunstschatze wie Galerie, Bibliothek und Kupferstichsammlung zu legen. Es ist zu betonen, dass das Hauptfideikommiss der Familie dem jeweiligen Regierer des Landes zu-

zufallen hat und dass es schon die Grundlage für die Lebensführung des Landesfürsten, der keine Zivilliste erhält, und im Gegenteil für das Land viel Aufwände macht, bildet und aus diesem Titel einen besonderen Schutz und eine exzeptionelle Behandlung jedenfalls verdient.

Bennesch, Mit dem čechischen Minister des Aeussern, der ständig in Paris ist, und mit Präsident Wilson sowie den Franzosen sehr gut stehen soll, wäre eine freundschaftliche Verbindung zu suchen und ihm auseinanderzusetzen, dass die Sequestrationen, welche sein Staat in den letzten Tagen über die Grenzgüter Lundenburg und Eisgrub ausgesprochen hat, gegen das Völkerrecht sind und die Souveränität verletzen. *Wasthofer*
Speziell hinsichtlich Eisgrub gilt dies, dessen Exterritorialität als Wohnsitz des Fürsten mit dem Erlasse des k.u.k. Ministeriums des Aeussern vom 24. Oktober 1880 Z: 18702 ausdrücklich anerkannt worden ist.

des landw. Besitzes
Sollte Bennesch auf die Enteignung zu sprechen kommen, so kann der Standpunkt vertreten werden, dass derartige Schritte gegen einen Souverän nicht usuell sind und der internationalen Höflichkeit zuwiderlaufen. Zur persönlichen Information wird bemerkt, dass Präsident Masaryk dem Prinzen Alois gegenüber ausdrücklich und zwar spontan bemerkte, dass das Enteignungsgesetz den regierenden Fürsten als Souverän nicht berühre. Diese Aeusserung des Präsidenten ist aber Bennesch gegenüber besser nicht preiszugeben. In einzelnen Aemtern und Regierungsstellen Prags wird sie nicht gebilligt und geteilt.

Auf den Einwand, der Fürst sei ein Reichsdeutscher und daher čechischfeindlicher Souverän,

der in Böhmen gerne erhoben wird, wäre auf die Ge-
schichte des Landes und darauf hinzuweisen, dass das
Fürstentum nicht zu Deutschland gehört habe, sondern
selbständig und nur mit Oesterreich-Ungarn im Zoll-
verbände war. Der Fürst hat niemals auf seinen Gütern
gegen ~~cechische~~ nationale Interessen zu verstossen
gesucht und wiederholt bei Bankgründungen, Verpach-
tungen von Meierhöfen und Fabriken ~~cechischen~~ Interes-
sen gefördert, ebenso in kultureller Beziehung, z.B.
Ueberlassung eines Baugrundes im deutschen Lundenburg
für eine ~~cechische~~ Bürgerschule, für deren Bestehen
infolge der ganz ~~cechischen~~ unmittelbaren Umgebung
ein ~~entschiedenes~~ Bedürfnis bestand, was die Gemein-
de Lundenburg nicht anerkennen wollte. Erst durch
Ueberlassung des Baugrundes konnte die Schule gesi-
chert werden. *Die Schulen in Prag, Olmütz in Troppau wurden in jener Weise ohne Rücksicht auf die Nationalität unterstützt, ebenso die Akademie in Prag.*
Ebenso war der Fürst in der zu Niederöster-
reich gehörigen, aber überwiegend von Čechen bewohn-
ten Gemeinde Themenau stets bemüht, den gerechten
Wünschen der ~~cechischen~~ Bevölkerung Förderung ange-
deihen zu lassen. Dass er auf seinen deutschen Besi-
tzungen deutsche Beamte anstellte, kann ihm wohl
nicht verübelt werden. Es trat eben überall sein
Bestreben zu Tage, den nationalen Wünschen nach den
nationalen Verhältnissen auf den einzelnen Besitzun-
gen möglichst gerecht zu werden.

Für Deutschösterreich sind die zu vertre-
tenden Fragen noch nicht genügend geklärt. Es werden
spätere Informationen gegeben werden müssen. Die An-
erkennung der Exterritorialität des Palais in der
Bankgasse, in dem der Fürst wohnt und die mit dem
obigen Ministerialerlass anerkannt war, dürfte zwei-
fellos wieder erfolgen. Angestrebt wird die Ausdeh-

*bee verpachtung
und nach
jüngster
Meierhöfen
bei Verkauf des
Lundenburger
Meierhöfen*

anliegen. Weise ohne Rücksicht auf die Nationalität unterstützt, ebenso die Akademie in Prag.

des deutschen Brautens, der dortigen Mühle

damals überwiegen

stark

des

je

nung der ~~Souveränität~~ Exterritorialität auf

Feldsberg als dem hauptsächlichsten Landsitz des Für-
 sten. Weiters auch auf das sogenannte Rossauer Palais,

in dem sich die Gemäldegalerie, die Bibliothek und
 ein Grossteil der Kupferstichsammlung befindet.

Diesbezügliche Schritte ^{wären} ~~haben~~ in Paris im Bedarf zu
 unterstützen, soferne in dieser Hinsicht telegra-
 phisches Ersuchen an Dr. Beck ergehen sollte. Ebenso
 sind Verhandlungen im Zuge, um grössere Vermögenstei-
 le nach Vaduz oder die Schweiz befördern zu können,
 um die Existenz des Fürsten von bolschewistischen
 oder selbst radikal-sozialistischen Richtungen und
 volkswirtschaftlichen Experimenten zu sichern.

Jedenfalls wird mit den deutschösterreichi-
 schen Vertretern freundschaftliche Beziehung zu su-
 chen sein, und wird es zweckentsprechend sein, ihnen
 die Souveränität des Landes entsprechend zu betonen.
 Konkrete Forderungen sind im gegenwärtigen Augenblick
 aber nicht zu stellen, da diesbezüglich freundschaft-
 liche Verhandlungen hier eingeleitet sind.

Bei den Verhandlungen sowohl mit der Pra-
 ger wie mit der Wiener Regierung soll versucht wer-
 den, ein direktes gütliches Einvernehmen zu erzielen,
 und ist die Einbringung von Protesten wegen Ver-
 hängung der Sequester in Eisgrub bei den Entente-
 staaten, oder sonstiger Ansuchen und deren Unterstü-
 tzung in diesem oder jenem Belange erst beabsich-
 tigt, wenn die Verhandlungen mit den Regierungen
keinen guten Verlauf nehmen.

Hinsichtlich der das Land betreffenden Zoll- und
 handelspolitischen Fragen, sowie hinsichtlich des
 künftigen Anschlusses des Fürstentums an Deutsch-
 österreich, Vorarlberg oder die Schweiz dürfte Dr.
 Beck von der Landesregierung selbst Informationen er-
 halten.

J. Winkler-Lichtenstein